

REDEMANUSKRIFT

(Es gilt das gesprochene Wort)

Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender Sozialverband SoVD Hamburg

Neujahrsempfang DGB-Senioren und SoVD Hamburg

am 23.01.2018

Liebe Katja, lieber Adolf,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

Katja hat schon alle herzlich begrüßt, so dass ich das nicht noch einmal machen muss. Das Jahr ist allerdings noch jung genug und deswegen wünsche ich Ihnen/Euch allen ein erfolgreiches und vor allem ein gesundes neues Jahr 2018 mit vielen spannenden Erlebnissen.

Wir sind Zeitzeugen eines bisher einmaligen Vorgangs in der immer noch jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierungsbildung zieht sich, ist offenbar extrem schwierig und dauert so lange wie nie zu vor. Damit droht auch, dass Deutschland seine Funktion als Stabilitätsanker in Europa ein Stück einbüßen kann. Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche machen es auch nicht einfacher. Neben zum Teil wirklich guten - auch gesellschaftspolitisch wichtigen Ergebnissen - werden manche Bereiche gar nicht angesprochen. Politische Parteien stehen vor einer nie dagewesenen Zerreißprobe und bangen um ihre Existenz. Der Sozialstaat ist Garant für Chancengleichheit, Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit. Er muss, durch welche Regierung auch immer, weiter gestärkt werden, liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen.

Es reizt mich schon, darauf einzugehen. Das macht heute allerdings unser Präsident Adolf Bauer direkt im Anschluss, der auch viel näher an den Geschehnissen dran ist als ich. Deswegen beschränke ich mich auf einige wenige Vorbemerkungen zur Politik in Hamburg, damit er breiten Raum für seine Ausführungen und eure ganze Aufmerksamkeit zur Verfügung hat.

Hamburg ist eine herausragend schöne und lebendige Stadt. Unzählige Theater, eine Oper mit großartigen Interpreten und ein Ballet mit Weltruf, Musen, die Elbphilharmonie, der Hafen, Hagenbeck und vieles mehr, was ich jetzt gar nicht alles aufzählen kann.

Hamburg ist aber vor allem auch die Stadt der ganz großen Gegensätze. Auf der einen Seite ein immenser privater Reichtum und auf der anderen Seite bittere Armut,

die seit langer Zeit besteht, was schon erschütternd ist, angesichts der Möglichkeiten, die wir haben.

Einen Euro kostet die Teilnahme am Ausflug in einer Jugendhilfeeinrichtung – ein eher symbolischer Beitrag. Kostete es mehr, würden Eltern ihre Kinder nicht mitschicken, hat mir eine Erzieherin erzählt. In Jenfeld, im Osten der Hansestadt, wohnen viele Hartz-IV-Empfänger, Alleinerziehende, Ausländer, Zuwanderer. Bis zu ihnen ist der so viel bestaunte wirtschaftliche Aufbruch Hamburgs nicht vorgedrungen. Es vermehren sich die Zahl jener jungen Menschen, die sich trotz guter Ausbildung mit Minijobs, Praktika und befristeten Arbeitsverträgen nur mühsam über Wasser halten können und die sich selbst »internationales Prekariat« nennen: prekär, sind ihre Lebensbedingungen und das nicht nur in Jenfeld sondern an vielen Stellen in unserer Stadt.

Hamburg verfügt über finanzielle Mittel wie nie zu vor und leistet sich doch, dass mehr als Ein-Drittel aller Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen miserabel verdienen, oder sogar mit „Sozialgeld“ aufstocken müssen, eine sehr große Zahl davon Alleinerziehende, meist Frauen, die mit ihren Kindern armutsgefährdet sind, Über 20.000 Langzeitarbeitslose, die ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind und von Hartz IV sogar in großer Zahl dauerhaft leben müssen.

Viele Frauen und Männer sind in Hamburg arm oder armutsgefährdet. Katja hat in ihrer Rede die Gruppe der Seniorinnen und Senioren angesprochen. Ich möchte hinzufügen: Eine bedrückend hohe Kinderarmut prägt die Menschen oft über ihr ganzes Leben – Die Herkunft entscheidet immer noch über den Bildungs- und Lebenserfolg bei uns- und Altersarmut reicht bis ans Lebensende ohne Chancen auf eine Umkehr. Massiv sind davon in Hamburg mindestens 53.000 ältere Menschen betroffen. Das kann und darf so nicht bleiben, liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen. Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

Es schädigt unsere Gesellschaft nachhaltig und vertieft die soziale Spaltung. Und es gibt den Spaltpilzen am rechten Rand der Gesellschaft einen Raum, der zu einer Gefahr für uns alle werden kann. Mit Menschen aus anderen Ländern und anderen Kulturen müssen wir sorgsam umgehen und ihnen auch Lebensraum bei uns bieten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Daran sollten und müssen wir uns halten, denn diese Norm gilt für alle Menschen und nicht nur für Deutsche, liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen.

Nehmen wir einmal an, dass die Mehreinnahmen und der Haushaltsüberschuss in Milliardenhöhe nur in kleinem Umfang für soziale Verbesserungen zur Verfügung stehen würde. Was so nicht stimmt, aber mal angenommen. Hamburg leistet sich Zusatzausgaben von 27 Millionen für Straßenreinigung und nur 400 Tausend für die präventiv aufsuchende Seniorenarbeit, die alten Menschen in Armut unmittelbar helfen kann. Hier entstehen Missverhältnisse, die wir zur Sprache bringen. In Richtung der regierenden Parteien rot/grün sage ich: politische Glaubwürdigkeit erlangt man nur, wenn soziale Gerechtigkeit bei jedem Schritt - auch bei jedem

Ausgabenschritt - berücksichtigt wird. Was könnten wir alles mit diesen 27 Millionen machen?

Die aufsuchende Seniorenarbeit auf vernünftige breite Füße stellen und sie an die Seniorenberatung in den Bezirken andocken. Seniorentreffs mit hauptamtlichen Stellen ausrüsten, damit sie dauerhaft gesichert werden und sich zu modernen und attraktiven Treffpunkten weiterentwickeln lassen. Mobilität für Bedürftige mit einer kostenfreien Fahrkarte für den ÖPNV fördern. Übrigens, das Streichen des Fahrverbots mit der Seniorenkarte vor neun Uhr morgens kostet gar nichts. Muss man nur machen!

Viele Menschen in Hamburg müssen mehr als ein Drittel, manche 50 Prozent und mehr, für das Wohnen ausgeben. Hier hat der Hamburger Senat zu Recht einen Schwerpunkt gesetzt und der Wohnungsbau kommt gut voran. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass in der Regierungszeit von Olaf Scholz der Bestand an Sozialwohnungen weiter deutlich abgenommen hat und die Mietpreise steigen weiter ordentlich an. Zuzüge und Wohnungsbau sind immer noch in einem deutlichen Missverhältnis. Was wir brauchen, ist ein deutlicher Schub an Sozialwohnungen. Wir fordern den Hamburger Senat auf, dies zum Schwerpunkt in den verbleibenden zwei Jahren zu erklären.

Die Sicherung des Sozialstaates und seine Fortentwicklung hing und hängt davon ab, wie sehr es gelingt, dass sich zivilgesellschaftliche Institutionen, Verbände und Gruppen gemeinsam einbringen: Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Seniorenvertretungen - dazu gehören u. a. die DGB Senioren und die Seniorenbeiräte in der Stadt - die Kirchen und der SoVD.

Wir suchen die Zusammenarbeit ganz bewusst und wollen dies heute durch unseren gemeinsamen Neujahrsempfang mit den DGB Seniorinnen und Senioren zum Ausdruck bringen. Ausdrücklich möchte ich für die gute und produktive Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften, mit Dir, liebe Katja, danken und dies hier herausstellen. Lass uns so weitermachen!

Es gebe zu Hamburger Themen gerade im Jahr der Haushaltsberatungen noch viel zu sagen. Jetzt allerdings bitte ich Sie, bitte ich Euch herzlich, den Präsidenten Adolf Bauer vom Sozialverband Deutschland SoVD zu begrüßen. Lieber Adolf, Du hast das Wort. Das Podium und die Aufmerksamkeit gehört Dir. Herzlichen Dank für Ihre/Eure Aufmerksamkeit.